

Niederschrift
über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am 09.10.2018

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Willi Blumensaat

Frau Petra Brinkmann

Frau Elke Grünewald

Herr Marcus Kleinkes

Herr Dr. Matthias Kulinna

stellv. Vorsitzender

SPD

Herr Peter Bauer

Herr Lars Nockemann

Herr Frederik Suchla

Herr Thomas Wandersleb

Frau Christiane Zier

Vorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerd-Peter Grün

Herr Mahmut Koyun

Frau Hannelore Pfaff

BfB

Herr Joachim Krollpfeiffer

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Bürgernähe/Piraten

Frau Gordana Kathrin Rammert

FDP:

Herr Schliffter

Beratende Mitglieder

Herr Dietrich Heine
Herr Günter Kunert
Herr Volker Pause
Frau Anne Röder
Herr Karl-Wilhelm Schulze
Frau Andrea Seils

Schritfführung

Herr Daniel Seifert

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus
Frau Fortmeier
Herr Poetting
Frau Schöneman
Herr P.-M. Müller
Herr Stein
Frau Feldmann
Herr Middeldorf (Schritfführer Sport)

Gäste

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum
Frau Dr. Klein, Amt für Schule, Bildungsbüro
Herr Peter, ISB

zu Top

3.7, 3.8, 3.9
3.8
3.10, 3.11

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 2 Öffentliche Sitzung Sport

Zu Punkt 2.1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 18.09.2018 Nr. 37/2014-2020

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses vom 18.09.2018 – Nr. 37/2014-2020 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Mitteilungen

-

-.-.-

Zu Punkt 2.2.1 LVM Arena auf der Rußheide

Frau Feldmann berichtet, dass die Bezirksvertretung Mitte in ihrer Sitzung am 13.09.2018 dem Wunsch des VfB Fichte Bielefeld entsprochen hat, den Namenszusatz für die beiden vom Verein in Eigenregie umgebauten Kunstrasenplätze im Stadion Rußheide zu ändern. Die beiden Kunstrasenplätze heißen damit ab sofort „LVM Arena auf der Rußheide“.

Die Bezirkssportanlage Rußheide bleibt von dem Namenszusatz unberührt.

-

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Anfragen

Zu Punkt 2.3.1 Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 01.10.2018 zur Wassertiefe des Lehrschwimmbeckens in der Almsporthalle

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7413/2014-2020

Frau Feldmann verweist und verliest die vor der Sitzung verteilte Antwort der Verwaltung.

Frau Brinkmann erläutert, dass sie ebenfalls Mitglied in der Architektengruppe gewesen sei. In dem Leistungsverzeichnis sei klar festgehalten worden, dass die Maße des Bades inkl. der Wassertiefe 1:1 übernommen werden sollten. Wie es zu den Änderungen gekommen ist, sei für sie nicht nachvollziehbar. Unabhängig davon müsse jetzt eine Lösung gefunden werden. Frau Brinkmann ist nicht damit einverstanden, dass die Anfängerkurse nun nicht mehr im Almschwimmbad stattfinden sollen. Es müsse eine tragfähige Lösung gefunden werden, um die Wasserhöhe im Almschwimmbad zu senken, da bei Verlagerungen aufgrund zusätzlicher Fahrtzeiten diese zulasten der Schwimmzeiten im Schwimmunterricht gehen würden. Aus diesem Grund stellt Frau Brinkmann folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 20.11.2018 konkret schnellgreifende Maßnahmen vorzustellen, welche die jetzige Wassertiefe im Anfangsbereich des Beckens auf den Bedarf von Grundschulkindern anhebt.

Frau Pfaff, Frau Rammert, Herr Bauer und Herr Wandersleb unterstützen die Ausführungen von Frau Brinkmann und kündigen an, den Antrag unterstützen zu wollen. Frau Rammert weist außerdem darauf hin, dass mit Rücksicht auf die Umwelt und die Verkehrssituation in Bielefeld ein Fahrdienst nicht im Interesse der Allgemeinheit sein könne. Auf die Nachfrage von Herrn Nockemann, wer denn wirklich der richtige Ansprechpartner für derartige technische / bauliche Lösungen sei, erläuterte Herr Dr. Witthaus, dass man sich verwaltungsintern Gedanken machen und dann anschließend in der kommenden Sitzung berichten werde.

Herr Schulze teilt mit, dass eine Umfrage bei den das Almschwimmbad nutzenden Vereinen ergeben habe, dass es aufgrund von Problemen mit der Wassertiefe bereits erste Abmeldungen in Schwimmkursen gebe. Generell sei die Diskrepanz zwischen Planung und Umsetzung nur schwer nachvollziehbar. Er wünsche sich nun keine weiteren Schuldzuweisungen mehr, sondern einen konstruktiven Vorschlag, damit das Bad auch weiterhin als Lehrschwimmbecken wie bisher genutzt werden kann. Er betont, dass sich die Vereine bei der Suche nach einer Lösung mit beteiligen wollen.

Herr Schliffer bemängelt, dass innerhalb der Verwaltung keine Dienststelle Verantwortung übernehmen wolle. Für die Zukunft solle aus diesem Vorgang gelernt werden, um Fehler nach Möglichkeit zu vermeiden. Herr Wandersleb ergänzt, dass die Verfahrensabläufe überprüft werden sollten.

Frau Brinkmann betont noch einmal, dass es ihr nicht um Schuldzuweisungen gehe, sondern dass nun inhaltlich eine Lösung für das Problem gesucht werden müsse. Um der Angelegenheit Nachdruck zu verleihen, wünsche sie sich einen einstimmigen Beschluss ihres gestellten Antrags:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des

Schul- und Sportausschusses am 20.11.2018 konkret schnellgreifende Maßnahmen vorzustellen, welche die jetzige Wassertiefe im Anfangsbereich des Beckens auf den Bedarf von Grundschulkindern anhebt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.4 Anträge

Keine

-

Zu Punkt 2.5 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Kein Bericht

-

Zu Punkt 3 Öffentliche Sitzung Schule

Zu Punkt 3.1 Bestellung von Herrn Daniel Seifert zum Schriftführer und von Frau Samira Morasch zur stellvertretenden Schriftführerin des Schul- und Sportausschusses für den Bereich Schule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7356/2014-2020

Beschluss:

Herr Daniel Seifert wird zum Schriftführer und Frau Samira Morasch zur stellvertretenden Schriftführerin des Schul- und Sportausschusses für den Bereich Schule bestellt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 18.09.2018 Nr. 37/2014-2020

Herr Krollpfeiffer (BFB) moniert, dass aus dem Protokoll nicht hervorgeht, dass er nur eine ungenügende Antwort zu seiner Frage zu TOP 3.7

erhalten habe.

Der Sport- und Schulausschuss nimmt dieses zur Kenntnis.

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 18.09.2018 – Nr. 37 /2014-2020 – wird genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.3

Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 27.09.2018 Nr. 38/2014-2020

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 27.09.2018 – Nr. 38/2014-2020 – wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.4

Mitteilungen

Zu Punkt 3.4.1

Integrationspauschale für I-Helfer im der Rahmen der OGS

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Den Ausschussmitgliedern liegt folgende schriftliche Mitteilung vor:

In der Sitzung vom 15.03.2018 hat der Rat der Stadt Bielefeld unter TOP 1.4 beschlossen, dass der verbleibende überplanmäßige Mehrertrag der Inklusionspauschale für das Schuljahr 2017/2018 ff. in Höhe von 197.595 Euro bedarfsgerecht zur Begleitung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in der OGS einen Integrationshelfer benötigen, zur Verfügung gestellt wird. Eine Erhebung im September 2018 ergab, dass zu Beginn des Schuljahres 2018/2019 insgesamt 121 Kinder an Bielefelder Schulen im Primarbereich durch einen I-Helfer unterstützt werden. Davon besuchen 78 Kinder die OGS.

Eine Verteilung der Inklusionspauschale bedeutet einen Zuschuss an 8 OGS-Träger mit 1 bis 7 Kindern je betroffener OGS. Dieser Zuschuss ist im September 2018 an die betreffenden OGS-Träger ausgezahlt worden. Am Ende des Schuljahres 2018/2019 ist die zweckentsprechende Verwendung durch eine detaillierte Aufstellung der OGS-Träger als Zusatz zum OGS-Verwendungsnachweis zu belegen.

Frau Schönemann erklärt in ihrem mündlichen Vortrag, dass die Verwen-

derung der Gelder nicht einzelfallbezogen erfolgen darf.

-.-.-

Zu Punkt 3.4.2 Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 30.09.2018

Den Ausschussmitgliedern liegt folgende schriftliche Mitteilung vor:

Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 30.09.2018

Das Schulamt, das Kommunale Integrationszentrum und die REGE mbH melden für September 2018 insgesamt **53** neu zugewanderte Kinder und Jugendliche, für die Schulplätze in der Primarstufe und den Sekundarstufen I und II bereit zu stellen waren/sind:

Primarstufe: **16** Kinder

Sek I: **28** Kinder und Jugendliche

Sek II: **09** Jugendliche

In der Primarstufe waren zum Stichtag 30.09.2018 4 Kinder und in der Sek I 13 Kinder und Jugendliche im Vermittlungsprozess des KI.

In der Sek II waren zum Stichtag 30.09.2018 9 Jugendliche im Vermittlungsprozess der REGE.

Ein Schülerabgleich mit den Bielefelder Grundschulen zum Schuljahresbeginn hat ergeben:

- 536 neu zugewanderte SuS gehen aktuell in die Grundschule, davon brauchen
- 45 SuS (8,4%) mehr als 2 Jahre deutschsprachige ERSTFÖRDERUNG.
- 8 neu zugewanderte SuS sind zurückgestellt worden und insgesamt
- 104 neu zugewanderte SuS sind in die 1. Klasse eingeschult worden.

-.-.-

Zu Punkt 3.4.3 Neues Bewegungs- und Begegnungsangebot für Jugendliche und junge Erwachsene -OPEN AREA-

Den Ausschussmitgliedern liegt folgende schriftliche Mitteilung vor:

Neues Bewegungs- und Begegnungsangebot für Jugendliche und junge Erwachsene

-OPEN ARENA-

Das Angebot OPEN ARENA wurde initiiert durch die Sportjugend Bielefeld, die Bildungskoordination für Neuzugewanderte (Kommunales Bildungsbüro & Kommunales Integrationszentrum) sowie das Projekt „An-

gekommen in deiner Stadt Bielefeld“. Die Finanzierung erfolgt durch Fördermittel aus dem Prozess „Bielefeld integriert“ sowie durch das Sportamt der Stadt Bielefeld.

Ab November 2018 sind Jugendliche und junge Erwachsene in Bielefeld zu dem neuen Freizeitangebot OPEN ARENA eingeladen: Vom 17.11.2018 bis zum 06.04.2019 wird das Carl-Severing-Berufskolleg samstags von 17 bis 20 Uhr die Sporthalle öffnen und somit einen kostenlosen Raum für Bewegung und Begegnung bieten.

Angedacht ist, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Angebot OPEN ARENA selbst mitgestalten. Es werden mindestens zwei Sportarten angeboten, je nach Interessenlage der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Neben Mannschaftssportarten wie Fußball, Basketball, Volleyball oder Flag-Football können auch Geschicklichkeitsspiele und andere sportliche Aktivitäten durchgeführt werden. Im Vordergrund steht dabei nicht der leistungsorientierte Sport, sondern das gemeinsame Erlebnis. So soll das Format neben Bewegung, Spiel und Sport auch Raum bieten, um Freunde zu treffen, Musik zu hören oder einfach nur zu chillen. Zielsetzung ist auch, einen Raum anzubieten, der die Begegnung und Interaktion von neu zugewanderten jungen Menschen mit bereits hier lebenden ermöglicht.

Das Angebot wird von Honorarkräften begleitet. In der ersten Stunde wird die Halle exklusiv für Mädchen und junge Frauen geöffnet. Diese können anschließend die Halle verlassen oder nach Wunsch an dem gesamten Angebot partizipieren.

Zu Punkt 3.4.4 Broschüre "BILDUNG FINDET STADT FÜR ALLE"

Frau Schönemann geht auf die ausgeteilte Broschüre „BILDUNG FINDET STADT FÜR ALLE“ ein. Diese geht aus dem vom Jugendhilfeausschuss und Schul- und Sportausschuss beschlossenen Leitbild für die Bildung hervor. Auf der Bildungskonferenz am 11.10.2019 wird diese der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Bildungskonferenz greift das Leitbild auf und thematisiert „Bildung und Erziehung als gemeinsame Aufgabe“.

Mit der Broschüre wird das von Schul- und Sportausschuss und Jugendhilfeausschuss beschlossene Leitbild sowohl in redaktionell bearbeiteter eingängiger Form als auch in der vollständigen, beschlossenen Fassung dargestellt.

Zu Punkt 3.5 Anfragen

Zu Punkt 3.5.1 Anfrage der FDP-Ratsgruppe vom 02.10.2018 über die Information zur Talentschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7423/2014-2020

Die Anfrage der FDP wird unter TOP 3.14 behandelt.

Zu Punkt 3.6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

**Zu Punkt 3.7 Rahmenrichtlinien für die Vergabe von städtischen Zuschüssen für Schulische Integrationshilfen der Stadt Bielefeld
Aktualisierte Fassung der Richtlinien**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7238/2014-2020

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum (KI), berichtet, dass der Schul- und Sportausschuss bereits in der Vergangenheit die Rahmenrichtlinien in der damaligen Fassung beschlossen hat und die Verwaltung den Ausschuss regelmäßig über den Fortgang informiert.

Aufgrund des Zuzugs in den Jahren seit 2015 und 2016 (neuzugewanderte oder geflüchtete Kinder) hat sich die Schulsituation verändert. Es wurden mehr internationale Klassen und Sprachfördergruppen gegründet und es gibt jetzt mehr Schüler mit individuellen zusätzlichen Bedarfen.

Daher wurde von Seiten des KI beschlossen, ein weiteres Unterstützungsangebot zu schaffen im Rahmen des jeweils geltenden Erlasses des Ministeriums für Schule und Bildung. Dabei handelt es sich um eine zusätzliche unterrichtsbegleitende Unterstützung einer Sprachförderung.

Weiterhin berichtet Sie darüber, dass die Vorlage vom Integrationsrat am 26.09.2019 ohne Änderung einstimmig beschlossen wurde.

Frau Röder (Integrationsrat) möchte wissen, in welchem zeitlichen Rahmen eine Evaluation durchgeführt werde.

Frau Isfendiyar entgegnet ihr darauf, dass dies eine Selbstevaluation ist und diese jedes Jahr durchgeführt wird.

Herr Koyun (B'90/Grüne) beschwert sich darüber, dass in der Broschüre „BILDUNG FINDET STADT FÜR ALLE“ die interkulturelle Bildung nicht abgebildet werde.

Frau Schönemann erläutert, dass auf Seite 16 der Broschüre unter Punkt 2 zu den Leitlinien geschrieben steht: „In der Bildungsregion Bielefeld sind Inklusion und Integration wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Jeder Mensch soll faire Chancen erhalten, an allen Bereichen des Lebens in Bielefeld teilzuhaben. Bildung und gemeinsames Lernen sind dabei ein wichtiger Schlüssel, diese Teilhabe zu verwirklichen.“

Weiterhin führt sie aus, dass auch der Integrationsrat an der Beschlussfassung zu diesem Leitbild beteiligt wurde.

Herr Krollpfeiffer (BfB) fragt, ob mit neuzugewanderten Schülern Flüchtlinge, Asylbewerber und zugewanderte EU-Ausländer gemeint seien. Frau Isfendiyar bestätigt dies.

Weiterhin fragt Herr Krollpfeiffer nach, ob bei fehlenden Haushaltsmitteln die schulischen Integrationshilfen der Stadt Bielefeld wegfallen. Frau Isfendiyar bestätigt auch dieses. Ebenfalls möchte Herr Krollpfeiffer wissen, wie die Erziehungsberechtigten einbezogen werden. Frau Isfendiyar verweist auf die letzte Sitzung. In dieser hat sie das Rahmenkonzept zur Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen vorgestellt. In diesem wurde auch auf die Eltern eingegangen. Weiterhin ist das KI in dieser Frage in enger Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro. Frau Isfendiyar bietet an, in einer zukünftigen Sitzung über dieses Thema zu referieren, da auch ihr dieses Thema sehr wichtig ist. Ebenfalls werden seit 2011 in Bielefeld darüber Fachtagungen gehalten.

Nach Abschluss der Fragen ergeht folgender

Beschluss:

Die aktualisierte Fassung der „Rahmenrichtlinien für die Gewährung von städtischen Zuschüssen für Schulische Integrationshilfen“ der Stadt Bielefeld wird gemäß der Anlage verabschiedet. Sie treten im Schuljahr 2018/2019 zum 1.11.2018 in Kraft.

Die „Rahmenrichtlinien für die Gewährung von städtischen Zuschüssen für Schulische Integrationshilfen“ der Stadt Bielefeld i.d.F. vom 27.06.2012 treten mit Ablauf des 31.10.2018 außer Kraft.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.8

Integrationsmonitoring – Daten zur Teilhabe von Bielefelderinnen und Bielefeldern mit Migrationshintergrund in den Jahren 2012 bis 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7199/2014-2020

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum, führt in das Thema Integrationsmonitoring ein und Frau Dr. Klein, Bildungsbüro, berichtet anhand einer Präsentation ausführlich über das Thema.

Die Präsentation wurde mit der Einladung verschickt und kann im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

Frau Dr. Klein führt aus, dass das Integrationsmonitoring ein regelmäßiger Bericht zur Teilhabe von Bielefeldern mit Migrationshintergrund ist. Dieser findet im 4-Jahres-Rhythmus statt (Daten seit 2012). Es gibt aber nicht in allen Bereichen eine einheitliche Definition von Migrationshintergrund. Daher wird teilweise über unterschiedliche Personengruppen berichtet, was aber dem jeweiligen Kapitel entnommen werden kann. Generell ist der Anteil der Bevölkerung in Bielefeld mit Migrationshintergrund von 2012 nach 2016 gewachsen, von 33 % auf 36 %. Die größten Zuwächse gibt es in den unteren Altersgruppen. Frau Dr. Klein führt aus, dass Menschen mit Migrationshintergrund sehr häufig in der Haushaltsform „Familien mit zwei Elternteilen und Kind(er)“ leben. Insgesamt gibt es aber eine steigende Tendenz bei den 1-Personen-Haushalten, sowohl bei Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund.

Im Bereich Bildung wird deutlich, dass bei Familien, in denen überwiegend nicht deutsch gesprochen wird, die Kinder wesentlich später in die Tageseinrichtungen gehen als Kinder, die überwiegend deutsch in der Familie sprechen.

In den Grundschulen in Stieghorst, Jöllenbeck und Senne gibt es einen starken Anstieg von Kindern mit Migrationshintergrund (Vergleich 2012-2016). Hoch ist in Sennestadt, Mitte, Senne, Stieghorst, Heepen, Schildesche und Brackwede die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an Grundschulen, die nicht deutsch in der Familie sprechen.

An den Gymnasien stellen die Schüler und Schülerinnen ohne Migrationshintergrund die größte Gruppe dar. Anders stellt sich die Situation an den Haupt- und Realschulen dar. Dort sind die Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund die größte Gruppe. Im Vergleich von 2012 zu 2016 steigt aber die Anzahl der Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund an den Realschulen und den Gymnasien.

Im Anschluss an den Vortrag regt Herr Nockemann (SPD) an, den 4-Jahres-Rhythmus auf einen 2-Jahres-Rhythmus umzustellen.

Frau Rammert (BN/Priaten) bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Darstellung.

Herr Krollpfeiffer (BfB) möchte wissen, ob die Daten genauer auf die einzelnen Gruppen (ausländische Schüler, Schüler mit Migrationshintergrund) aufgeteilt werden könnten. Frau Dr. Klein erklärt hierzu, dass dies nicht möglich ist für alle Bereiche, da dies an der Datenerfassung liegt, worauf Sie keinen Einfluss hat. Die Datenerfassung wird aber weiterhin verfeinert. Dieser Prozess wird aber andauern.

Der Schul- und Sportausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.9

Der Arbeitsprozess "Bielefeld integriert" - Rückblick und Perspektiven

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7284/2014-2020

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum, berichtet ausführlich zur Vorlage.

Frau Isfendiyar berichtet, dass aufgrund des Rückgangs der Flüchtlingszahlen sich die Aufgabenstellungen geändert haben. Trotzdem ist man bestrebt, die Strukturen von „Bielefeld integriert“ zu behalten. Daher hat man in dem Arbeitsprozess ein Update vorgenommen. Dieses ist dem Bericht zur Vorlage auf Seite 4 zu entnehmen. Auch ist man mit anderen Projekten und Gruppen vernetzt und im ständigen Austausch.

Nach dem Vortrag ergeht sodann folgender

Beschluss:

Der Integrationsrat, der SGA, der SchA, der JHA empfehlen, der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss beschließt:

- 1. Der Bericht über den Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Prozess wie dargelegt weiterzuführen und die Herausforderungen im Kontext von Zuwanderung, Integration und Zusammenleben in der Gesellschaft in enger Zusammenarbeit mit Trägern, Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu bearbeiten.**
- 3. Über die Umsetzung ist regelmäßig in den Fachausschüssen zu berichten.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.10

Baugrundstück des Ersatzneubaus der Martin-Niemöller-Gesamtschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7263/2014-2020

Herr Peter, ISB, berichtet ausführlich zur Vorlage anhand einer Power Point Präsentation.

Während der Präsentation macht Herr Peter deutlich, dass sich der ISB ausschließlich an das pädagogische Konzept der Schule gehalten hat und danach auch das Projekt geplant wurde. Weiterhin macht Herr Peter

deutlich, dass das Gebäude unter Denkmalschutz steht und dieses somit komplett entfernt oder wie bisher genutzt werden muss.

Nach dem Vortrag möchte Herr Krollpfeiffer (BfB) von Herrn Peter wissen, ob der ISB für 8,2 Mio. € Container gekauft habe und diese nicht auch verwendbar wären. Herr Peter weist daraufhin, dass es sich dabei um „Flüchtlings-Container“ handelt. Diese sind zum Teil in Gebrauch und werden auch zum Teil weiter verwendet, z.B. bei der Zwischenunterbringung in der Wellensiekschule und bei der Feuerwehr. Für schulische Zwecke an der Martin-Niemöller-Gesamtschule sind diese nicht geeignet. Dies liegt an der Raumhöhe, der Raumgröße und der Belastbarkeit.

Frau Pfaff (B`90/GRÜNE) möchte wissen, warum dies bei der Wellensiekschule machbar sei. Herr Peter gibt an, dass die Nutzung der vorhandenen Container in diesem Fall nach Rücksprache mit der Schule realisiert werden konnte. Auch sollen dort nur wenige Container aufgestellt werden. Herr Peter erklärt, dass er sich nicht sicher ist, ob er heute noch einmal so entscheiden würde, da der Aufwand zur schulischen Instandsetzung der Container enorm ist.

Auf die Frage, wieviel Fläche des Grundstücks B für die Realisierung der Variante 2.1 benötigt werde, gibt Herr Peter an, dass hierüber momentan noch keine Aussage getroffen werden kann. Erst mit dem Abschluss des Architektenwettbewerbs steht die genaue Position der Gebäude fest.

Frau Rammert (BN/PIRATEN) möchte die gute Kommunikation zwischen der Verwaltung und der Schule loben. Ihr sei die Wegebeziehung zwischen den Schulstandorten sehr wichtig. Weiter führt sie aus, dass Variante 3 die Wunschlösung wäre, diese aber unter dem zeitlichen und finanziellen Aspekt nicht realisierbar sei. Daher habe man sich in ihrer Ratsgruppe auf Variante 2.1 geeinigt.

Herr Schlifter (FDP) moniert, dass die Verwaltung sich von vornherein auf Variante 2.1 festgelegt habe. Weiterhin seien die Nachteile für den Verkehr und der Umfang der Flächennutzung nicht hinreichend berücksichtigt worden. Ebenso vermisse er eine Planung, was mit dem Rest des Grundstücks B geschehen soll. Auch sei keine Kostenangabe vorhanden für die restlichen Varianten (außer Kosten der Container bei Variante 3) und auf die Diskussion in der Bezirksvertretung sei in dem Vorgang auch nicht eingegangen worden. Daraufhin entgegnet Herr Peter, dass er bei der Diskussion in der Bezirksvertretung nicht mehr zugegen war. Weiterhin ist man auf die Belange und Anregungen der Bevölkerung und der Schule (pädagogisches Konzept) eingegangen. Auch wurde offen über alle Varianten debattiert und für jede Variante eine Machbarkeitsstudie erstellt durch eine externe Firma. Es ist keine Variante von vornherein ausgeschlossen oder bevorzugt worden. Kosten kann Herr Peter nicht seriös angeben, da es darauf ankommt, auf welchem Grundstück was gebaut wird. Herr Dr. Witthaus ergänzt, dass es in der BV Schildesche vor allem auch um die Wegebeziehung ging. Dies wird in den Architektenwettbewerb als Gestaltungsaufgabe eingebracht. Weiterhin wurde gefragt, wie die Schule sich in den Stadtteil öffnen will und welche Nutzungen für Vereine ermöglicht werden. Herr Dr. Witthaus erläutert, dass dies natürlich berücksichtigt wird. Auch die Stadtbibliothek ist mit 1000 m² in dem pädagogischen Konzept enthalten. Herr Dr. Witthaus empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss in der heutigen Sitzung über den Beschluss zu entscheiden, um auch den anderen im Verfahren beteiligten

Gremien eine Positionierung zu bieten.

Für Herrn Pause (Stadtelternrat) werden das pädagogische Konzept, die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler bei der Wegequerung und der Platz für die Schülerinnen und Schüler zu wenig gewürdigt. Besonders der Platz für die Schülerinnen und Schüler sei nur in Variante 3 gegeben. Für ihn sei die Variante 3 die beste Lösung unter allen Gesichtspunkten, außer der Kosten und der Bauzeit. Er fände es schade, dass Politik und Verwaltung eine andere Lösung bevorzugen, insbesondere auch deswegen, weil die Schule bei ihrer Erbauung seinerzeit beispielhaft war. Herr Peter widerspricht bezüglich des Platzangebots für die Schüler. Dieses ist bei allen Varianten gegeben unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen. Herr Peter würdigt die Variante 3 auch als großzügigste Variante von allen; diese ist mit den größten Flächenmöglichkeiten ausgestattet. Man ist von Seiten des ISB nicht mit der Maßgabe angetreten, eine 100%-Lösung zu erstellen; dies ist aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen nicht möglich. Aufgrund der einzelnen Vor- und Nachteile sind die jeweiligen Varianten erstellt worden. Herr Dr. Witthaus verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf das im Juni vorgestellte pädagogische Konzept. Vor allem die Bereiche für die Klassen 5 und 6 sind in allen Varianten als „pädagogischer Ankommenraum“ gestaltet. Daher ist in Variante 2.1, in Rücksprache mit der Schule, die Jahrgangsstufe 5 und 6 auf dem bisherigen Schulstandort geblieben zusammen mit der Mensa, auch im Hinblick auf die großzügigere Nutzung von Freiflächen.

Frau Röder (Beirat für Behindertenfragen) möchte wissen, ob ein teilweiser Neubau mit gleichzeitigem Rückbau, ähnlich wie auf Folie 9 dargestellt, möglich sei, auch im Hinblick auf Straßenquerung und die evtl. Erweiterung der Stadtbahn. Auch diese Variante wurde von Drees und Sommer in der Machbarkeitsstudie überprüft, ist aber nicht machbar, erläutert Herr Peter.

Herr Kleinkes (CDU) bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorarbeit in dieser Angelegenheit. Von Seiten der CDU habe man sich nicht nur im Juni mit dem pädagogischen Konzept und im Juli mit dem Raumgutachten beschäftigt, man habe auch im September eine örtliche Begehung durchgeführt. Daher werde man nach interner Beratung der Variante 2.1 zustimmen.

Laut Herrn Schlifter (FDP) sei die Variante 2.1 die schlechteste Variante für das pädagogische Konzept, auch wenn diese von der Verwaltung favorisiert würde. Da es eine ganz wichtige Schule für den Stadtbezirk Schildesche sei, hält er es für notwendig, das Votum der Bezirksvertretung Schildesche abzuwarten.

Frau Pfaff (B'90/GRÜNE) würde gerne auf dem Bestandsgrundstück bleiben, dies sei aber wohl keine vernünftige Lösung. Für sie sei neben dem Votum der Bezirksvertretung auch die Position der Schule bzw. Schulleitung wichtig. Sie bittet daher die anwesende Schulleitung um Stellungnahme in dieser Angelegenheit.

Herrn Dr. van Spankeren (Leiter MNG) wird vom Vorsitzenden das Wort erteilt. Herr Dr. van Spankeren führt aus, dass in der Lehrerschaft über die Varianten diskutiert wurde. Kein Schulleiter würde ohne Weiteres eine Schule planen, durch deren Schulhof eine Straße führt. Aber unter den gegebenen Umständen und im Hinblick auf das pädagogische Konzept

und die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen sei die Variante 2.1 für die Schule machbar.

Herr Wandersleb (SPD) bedankt sich bei der Schule und der Verwaltung für die Entscheidungsgrundlage. Die SPD war ebenfalls vor Ort und habe Gespräche geführt. Sie würde ebenfalls für die Variante 2.1 abstimmen.

Herr Grün (B'90/GRÜNE) sieht die Beschlussvorlage als Kompromiss an. Seine Partei hätte die Schule gerne auf dem Bestandsgrundstück behalten. Dies sei aber nach der Diskussion so nicht machbar. Da eine Entscheidung her müsse, stimmt seine Partei für Variante 2.1.

Nach den Fragen ergeht sodann folgender

Beschluss:

Der Ersatzneubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule wird entsprechend der Machbarkeitsstudie des Beratungsunternehmens Drees & Sommer vom 31.07.2018 auf den Grundstücksflächen „A“ (jetziger Sportplatz und Park & Ride Flächen Westerfeldstraße / Apfelstraße) und teilweise „B“ (jetziger Standort der Schule) errichtet.

dafür: 15 Stimmen

dagegen: 1 Stimme

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 3.11 Erweiterung der Grundschule Am Waldschlößchen, Vorstellung der Planungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7285/2014-2020

Herr Peter, ISB, berichtet ausführlich zur Vorlage anhand einer Power Point Präsentation.

Im Anschluss an den Vortrag möchte Herr Schlifter (FDP) wissen, ob es auf dem Grundstück möglich wäre, im Rahmen der prognostisch steigenden Schülerzahlen das Gebäude noch weiter zu vergrößern. Laut Herrn Peter ist aufgrund der Grundstücksgröße ein größeres Schulgebäude machbar. Frau Schönemann erklärt hierzu, dass mit dem Anbau die OGS-Bedarfe abgedeckt werden. Die GS am Waldschlößchen stehe auf Platz 7 der Prioritätenliste zum OSG-Ausbau. Weiterhin werden mit dem Anbau zwei neue Klassenräume geschaffen. Dies ist nach jetzigem Sachstand bedarfsgerecht in Jöllenberg. Herr Dr. Witthaus führt weiter aus, dass für dieses Projekt Mittel aus dem Komm-Invest verwendet werden, was einvernehmlich beschlossen wurde.

Die Frage von Herrn Kleinkes (CDU), ob bei dem Bau zeitlicher Druck bestehen würde, im Hinblick auf den Brandschutz z.B., verneint Herr Peter. Die CDU äußert daraufhin den Wunsch, die Vorlage als 1. Lesung zu beraten. Dies wird vom Ausschuss so angenommen. Herr Peter weist

daraufhin, dass der Bauantrag bereits gestellt wurde.

Herr Schlifter (FDP) würde für die Planung gerne die zu erwartende Schülerzahl für ganz Jöllbeck wissen. Die Verwaltung wird die Daten für die nächste Sitzung zusammenstellen.

Im Anschluss daran kommt es erneut zur Diskussion über das Almbad und die Zuständigkeit während der Planung. Es wird angeregt hierzu Herrn Peter aufgrund seiner Anwesenheit zu befragen. Der Vorsitzende verweist auf die Beschlusslage zu TOP 2.3.1. An der Diskussion beteiligen sich für die Verwaltung Herr Dr. Witthaus und für die Politik Herr Vorsitzender Nockemann (SPD), Herr Wandersleb (SPD), Herr Kleinkes (CDU) und Herr Schlifter (FDP).

Herr Wandersleb (SPD) besteht darauf, dass im Protokoll festgehalten wird, dass ihm nicht beantwortet werden könne, wer die Federführung während der Planung hatte.

Zu Punkt 3.12 Weiterfinanzierung des zusätzlichen Einsatzes von Schulsozialarbeit in Schulen mit "Internationalen Klassen" (Sprachfördergruppen) gem. RdErl. des MSW vom 28.06.2016, BASS 13-63 Nr. 3)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7060/2014-2020

Frau Schönemann berichtet ausführlich zur Vorlage anhand der Beschlussvorlage.

Nach dem Vortrag möchte Frau Pfaff (B'90/GRÜNE) wissen, ob die Mittel auch im Haushalt zur Verfügung stünden, wenn diese nicht aus Bundes- oder Landesmitteln herangezogen werden können. Auch interessiert Sie, ob der Personalschlüssel von 0,2 Stellen ausreichend sei.

Auch Herr Krollpfeiffer (BfB) möchte wissen, welche Anteile vom Land abgerufen werden und ob die 565.000 € für die Berufskollegs schon enthalten seien oder einen extra Aufwand darstellen würden. Die Leistungen, welche auf Seite 4 der Beschlussvorlage beschrieben seien, würde sich Herr Krollpfeiffer auch für normale Schülerinnen und Schüler wünschen und nicht nur für zugewanderte Schülerinnen und Schüler.

Herr Schlifter (FDP) fragt, für wie lange die Klasse für die Schüler geplant sei. Weiterhin bittet er um Rückmeldung bezüglich der Klassenumbildungen.

Bezüglich der Kosten führt Frau Schönemann aus, dass die Gesamtkosten im städtischen Haushaltsentwurf für 2019 berücksichtigt sind. Die 1.200.000 € beziehen sich auf die allgemeinbildenden Schulen und die zusätzlichen 565.000 € nur auf die Schulform der Berufskollegs. Die Finanzierung der zusätzlichen Schulsozialarbeit für die Mehrklassen ist sichergestellt.

Die Umsetzung der Mehrklassen in den Schulen ist unterschiedlich, auch die Rückmeldungen dazu. Es wurden in manchen Schulen Jahrgänge neu aufgeteilt und in anderen Schulen wurden Mehrklassen gebildet, in denen ca. 70-80% der Schüler vorher internationale Klassen besucht haben. Schulformwechsler, zum Beispiel, wurden ebenfalls aufgenommen.

Der bisherige Personaleinsatz wurde durchweg positiv bewertet. Eine externe Evaluation wurde nicht beauftragt. Dies ist auch in Zukunft nicht vorgesehen.

Herr Dr. Witthaus ergänzt, dass die internationalen Klassen ein wichtiges Systemelement geworden sind und erinnert an die vorherige Sitzung und die Ausführungen von Herrn Rammert (Schulamt für die Stadt Bielefeld). Herr Dr. Witthaus sieht den zusätzlichen Personaleinsatz von 0,5 Lehrstellen vom Land und 0,2 Stellen Schulsozialarbeit von der Stadt Bielefeld je internationaler Klasse als Gewinn für alle Beteiligten. Des Weiteren ist die Deckelung der Klassengröße auf 15 ein Gewinn, der nun nach dem vielfachen Wechsel in die Regelklassen wieder erreicht werden konnte. Zwischenzeitlich war es erforderlich gewesen, bis zu 18 Schülerinnen und Schüler je internationaler Klasse aufzunehmen.

Herr Schlifter (FDP) fragt bezüglich des Personalschlüssels von 0,2 Stellen nach, ob es Vergleichswerte mit anderen Städten in NRW gebe. Von Seiten der Verwaltung wurden keine Vergleiche zu anderen Kommunen gezogen und somit liegen keine Daten vor. Herr Dr. Witthaus erklärt hierzu, dass dies damals als „Bielefelder-Lösung“ beschlossen wurde.

Nach den Fragen ergeht sodann folgender

Beschluss:

1.
Die Verwaltung wird vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt zum Haushalt 2019 beauftragt, die Arbeit der internationalen Klassen (IK) bzw. der Sprachfördergruppen in den Grund- und Sek.-I-Schulen und an den Berufskollegs weiterhin durch Schulsozialarbeit zu unterstützen und dafür die bestehenden Leistungsverträge mit Jugendhilfeträgern oder anderen gemeinnützigen Organisationen zu verlängern.
2.
Die an die REGE mbH übertragene Schulsozialarbeit an den Berufskollegs wird ebenfalls weitergeführt.
3.
Es gilt weiterhin ein Personalschlüssel von 0,2 Stellen je internationaler Klasse. Die (neuen) Leistungsverträge mit Jugendhilfeträgern oder anderen gemeinnützigen Organisationen sind auf (weitere) drei Jahre bis zum 31.01.2022 zu befristen.
4.
Schulen, die genehmigte Mehrklassen einrichten, um Schülerinnen und Schüler aus internationalen Klassen bzw. Sprachfördergruppen in Regelklassen zu integrieren, erhalten bei Bedarf zusätzlich 0,2 Stellen je Mehrklasse. Eine Förderung dieser ab dem Schuljahr

2018/19 genehmigten Mehrklassen ist bereits im Haushaltsvollzug des Haushaltsjahres 2018 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel möglich.

**5.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanaufstellungen sicherzustellen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.13 Bericht zur Schulentwicklung Sek. I/II

Herr Dr. Witthaus berichtet, dass zurzeit ein wesentlicher Punkt die Vorbereitung zur Ausschreibung für den öffentlichen Teilnahmewettbewerb ist. Hierüber werden aktuell Details mit der Zentralen Vergabestelle abgesprochen, die in der nächsten AG SEP am 06.11.2018 erörtert werden sollen. Je nach Ergebnis soll der Schul- und Sportausschuss am 20.11.2018 darüber beschließen.

-.-.-

Zu Punkt 3.14 Schulversuch Talentschule

Herr Dr. Witthaus berichtet über den Schulversuch Talentschule. Dieser Punkt ist in der letzten Sitzung des AG SEP behandelt worden. Die Ausschreibung des Landes richtet sich an Sek I-Schulen und Berufskollegs. Am 28.09.2018 gab es für die Schulträger eine Informationsveranstaltung bei der Bezirksregierung Detmold, auf der Vertreter des Ministeriums für Schule und Bildung die Inhalte vorstellten. Nach der Veranstaltung hat die Verwaltung bei den Schulen angefragt, ob Interesse auf Teilnahme am Schulversuch besteht. Nach heutigem Sachstand wollen sich folgende Schulen bewerben:

- Brackweder Realschule
- Realschule Jöllenbeck
- Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule
- Gesamtschule Rosenhöhe
- Sekundarschule Königsbrügge
- Maria-Stemme-Berufskolleg
- Carl-Severing-Berufskolleg (Wirtschaft und Verwaltung)
- Berufskolleg am Tor 6

Die Verwaltung wird mit diesen interessierten Schulen zeitnah Gespräche führen, um die Bewerbungen vorzubereiten. Die Schulen müssen sich auf ein inhaltliches Profil festlegen.

Die allgemeinbildenden Schulen können sich zwischen MINT oder kultureller Bildung entscheiden und für die Berufskollegs stehen 3 Profile zur Verfügung, MINT, gewerblich-technisch oder gestalterisch.

Es kommen nur Schulen in Betracht, die sich in einer sozialräumlich be-

nachteiligten Lage befinden und eine entsprechende Schülerschaft vorweisen. Bei einer Talentschule wird es einen 20-prozentigen Lehreraufschlag geben. Dieser Aufschlag soll dafür genutzt werden, dass sozial benachteiligte Kinder an der Schule besser gefördert werden können. Hierfür werden die Gegebenheiten je Schule mit Bezug zu den städtebaulichen Entwicklungsgebieten (INSEK) und den Wohnbereichen mit bildungsrelevanten sozialen Belastungen nach der Bildungsberichterstattung der Stadt Bielefeld herangezogen. Das Land wird bei der Auswahl der teilnehmenden Schulen durch eine Jury auch die auf sozialräumlicher Grundlage erstellten Standorttypen je Schule berücksichtigen.

In der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses soll entschieden werden, wie mit der jeweiligen Bewerbung der Schule umgegangen und welche von Seiten der Stadt unterstützt wird. Die jeweiligen Bewerbungen müssen über den Schulträger eingereicht werden.

Insgesamt wird es in NRW 60 Talentschulen geben, 45 allgemeinbildende Schulen und 15 Berufskollegs. Herr Dr. Witthaus geht davon aus, dass die Bielefelder Schulen im Vergleich zu anderen Schulen aus dem Gebiet des Regierungsbezirkes aufgrund der INSEK-Maßnahmen leicht im Vorteil sind.

Die Anfrage der FDP zu TOP 3.5.1 beantwortet Frau Schönemann für die Verwaltung. Die Bezirksregierung hat die Einladung zur Informationsveranstaltung nur an die Schulträger geschickt. Der Schulträger wurde nicht befugt, die Schulen zu der Veranstaltung einzuladen.

Bei dem Termin selbst waren Schulen vertreten. Eine Bielefelder Schule hat auch bei Frau Schönemann bezüglich des Termins angefragt, diese Schule wurde aber an die Bezirksregierung verwiesen, um eine Teilnahmemöglichkeit zu klären.

Im Anschluss an die Veranstaltung wurden alle Schulen von der Verwaltung in einer ausführlichen Email über das Thema informiert.

Herr Kleinkes (CDU) bedankt sich bei Herrn Dr. Witthaus dafür, dass die Verwaltung sich spontan mit den Schulleitungen zu diesem Thema in Verbindung gesetzt habe. Nach seiner Meinung solle nicht ein Wettbewerb zwischen den Schulen entstehen, sondern ein Wettbewerb für die Schulen gegen die anderen Schulen im Land. Im Hinblick darauf sei Herr Kleinkes über die Informationspolitik der Verwaltung verwundert. Er möchte daher wissen, ob schon Schulen ihr Interesse bei der Verwaltung bekundet haben, als die Einladung der Bezirksregierung eingegangen sei.

Frau Schönemann erläutert Herrn Kleinkes, dass das Ministerium die Information über die Talentschule im Ministerialblatt veröffentlicht habe. Somit hätten alle Schulen informiert sein müssen. Von einzelnen Schulen sind Äußerungen an Herrn G. Müller im Laufe des Sommers hergetragen worden, einzelne auch bei Frau Schönemann selbst. Es haben aber auch Schulen, nachdem sie sich richtig informiert haben, ihre Interessensbekundung zurückgezogen. Von Seiten der Verwaltung wurde der Termin bei der Bezirksregierung als reiner Informationstermin für den Schulträger angesehen. Erst nach den konkreten Informationen durch die Bezirksregierung wurden alle in Betracht kommenden Schulen strukturiert informiert.

Herr Schlifter (FDP) bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage. Auch er ist dafür, dass die Schulen bei der Bewerbung unterstützt werden und diese auch frühzeitig darüber informiert werden (nötige Terminierung ei-

ner Schulkonferenz z.B.). Weiterhin solle der Schulträger der einzelnen Schule genau seine Unterstützung bezüglich der notwendigen Investitionen anzeigen.

Herr Dr. Witthaus entgegnet, dass man erst die Bewerbung der jeweiligen Schule abwarten müsse und erst danach die jeweilige Investition veranschlagen könne.

Für das Berufskolleg am Tor 6 informiert Herr Dr. Witthaus, dass bei dieser Schule die Stellen nur zu 87% refinanziert sind, da diese durch einen Ersatzschulträger geführt werden. Würde diese Schule als Talentschule ausgewählt werden, müsse die Stadt für den Schulträger 13% finanzieren, da das Land diese zusätzlichen Personalkosten nicht übernehmen wird.

Der Schul- und Sportausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.15 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Keine

Lars Nockemann
Vorsitzender

Daniel Seifert
Schriftführer Schule

Arne Middeldorf
Schriftführer Sport